



Danke, für das beste Ergebnis zu einer Landtagswahl, welches DIE LINKE jemals hatte. Bodo Ramelow am Wahlabend in Erfurt.

31% für Bodo Ramelow und DIE LINKE

„Das war großartig, LINKS wird in Deutschland gebraucht“

Die Aufregung war groß. Nicht, weil am Wahlabend klar war, dass Bodo Ramelow, DIE LINKE, weiter Ministerpräsident bleiben würde. Auch nicht, weil SPD und Grüne trotz guter Zusammenarbeit in der Koalition so schwach abgeschnitten haben. Aber das deutliche Ergebnis für Ramelow und DIE LINKE hatten die Beobachter so nicht erwartet. Von den rund 1,1 Millionen Wählern stimmten 343.736 Wähler, also 31 %, für Ramelows LINKE. Und das bei der hohen Wahlbeteiligung. Vor fünf Jahren waren es zwar auch 28,2 Prozent, aber das waren nur 265.428

Wähler. Über 78.000 Wählerinnen und Wähler mehr, eine Steigerung von fast 30 Prozent. Ein eindeutiges Ergebnis für Ramelow und seine Politik. Dass damit nicht nur der „Landesvater“ sondern auch klar die Partei gemeint war, zeigt der Vergleich mit den Erststimmen für die Wahlkreisandidaten. Da errang DIE LINKE nämlich knapp 285.000 Stimmen (25,8%).

Bodo Ramelow kommentierte das Ergebnis so: „Das war einfach großartig. Wir haben gezeigt, LINKS braucht es in Deutschland, wenn wir über soziale Gerechtigkeit endlich wieder stärker reden

wollen!“ Und „Das ist ein Teamplaysieg der ganzen Partei. Und ich bin stolz auf meine Partei, denn in Ramelow steckt so viel Linkspartei wie in der Linkspartei Ramelow steckt. Das ist ein gemeinsamer Weg, den wir gegangen sind, und ich bin richtig froh, dass die Wählerinnen und Wähler das auch goutieren. Ich bedanke mich bei den Thüringer Wählerinnen und Wählern für die hohe Wahlbeteiligung.“

Bei der Hauptversammlung der LINKEN Treptow-Köpenick am 2. November erläuterte die Thüringer Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Partei-

vorsitzende Martina Renner das Wahlergebnis: Wichtig sei hier gewesen, dass Bodo Ramelow nicht, wie andere, nur Wahlkampf auf dem letzten Meter gemacht habe, sondern immer überall spürbar vor Ort war. Aber gerade die Sachthemen wie soziale Gerechtigkeit und Bildung, aber auch die Anstrengung für Infrastruktur im ländlichen Raum und die Wohnungspolitik, Frage der Rekommunalisierung, haben die Partei hier stark gemacht.

Auf die geringen regionalen Unterschiede eingehend, erläuterte sie, dass die LINKE nunmehr auch in Ostthüringen wieder ein Standbein habe (Das beste Ergebnis hat die LINKE übrigens im Saale-Holzland-Kreis II mit 37,8% der Zweitstimmen. In seinem eigenen Wahlkreis Erfurt III errang Bodo Ramelow mit 42,1% das Direktmandat).

Jetzt gehe es auch darum, die unterschiedlichen Wählerinnengruppen zu verbinden und die AfD aus politischer Verantwortung rauszuhalten und klein zu halten.

Dabei müsse durchaus auch mit Leuten zusammengearbeitet werden die nicht die natürlichen Koalitionspartner der LINKEN seien. Dabei müssen aber die Parteiinhalte klar erkennbar bleiben. Wenn die Parteien gleichförmig werden, helfe das nur der AfD.

Bodo Ramelow: „Vor fünf Jahren hat keiner geglaubt, dass Dreierkoalitionen möglich sind, was heute Normalität ist. Warum sollten wir nicht mit einem neuen kraftvollen Zeichen aus Thüringen sagen: Politik ist vielfältiger als nur in Parteizentralen darüber zu reden, wer mit wem eventuell in der nächsten Zeit Verantwortung übernehmen kann. Ich möchte, dass die Politik näher an die Menschen zurückkehrt und von den Menschen wahrgenommen wird.“

■ ■ Karl Forster

Gysi meint...

Die Stunde der Demokraten

Die Wählerinnen und Wähler haben den Parteien in Thüringen eine große Herausforderung beschert und zugleich Bodo Ramelow so viel Rückenwind gegeben, dass sie unter seiner Führung auch bewältigt werden kann. Die Linke ist erstmals stärkste Partei in einem Bundesland. Es ist vor allem auch Bodo Ramelow und dem Vertrauen der Menschen in seine Regierungsarbeit zu ver-

danken, dass die AfD mit dem gruseligen Typ Björn Höcke an der Spitze hinter ihren Wahlergebnissen in Sachsen und Brandenburg zurückgeblieben ist. Trotzdem ist sie viel zu stark. Jetzt muss die Stunde der Demokraten und Demokraten kommen. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, ob es zu einer wie immer gearteten Zusammenarbeit der Linken mit der CDU kommt. Darüber muss auf Landesebe-

ne gesprochen und entschieden werden, ob trotz gravierend unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Vorstellungen genügend gemeinsame landespolitische Ziele für die nächsten fünf Jahre erarbeitet werden können. Bodo Ramelow wird diese Verhandlungen mit Augenmaß und Verantwortung für das Land führen, trotz beachtlicher Schwierigkeiten für beide Parteien.

Doch in Bezug auf unser Land muss insbesondere die Union endlich die Gräben des Kalten Krieges verlassen. Ein Ministerpräsident wie Bodo Ramelow, der 2021 als Bundesratspräsident Stellvertreter des Bundespräsidenten sein

und dann das dritthöchste Amt im Staate innehaben wird, steht nicht am politischen Rand, sondern genau wie seine Partei mitten in der Gesellschaft. Wer die Gefahr einer rechtsextremen Entwicklung in Deutschland bannen will, muss die demokratischen Kräfte zusammenführen und stärken, nicht sie spalten.

Drei Viertel der Wählerinnen und Wähler in Thüringen haben die AfD nicht gewählt. Ihnen gegenüber stehen die demokratischen Parteien nun in einer besonderen Verantwortung.





Der Mietendeckel kommt

Senatsbeschluss muss noch ins Abgeordnetenhaus

Seit 2011 sind in Berlin die Angebotsmieten um 60 Prozent gestiegen. Die Entwicklung der Einkommen kommt da schon längst nicht mehr hinterher. Die Linksfraktion will Mietenexplosion und Verdrängung stoppen und dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, die auf Landesebene bestehen. Deshalb haben wir für ein Mietendeckel-Gesetz gekämpft, mit dem die Miethöhen reguliert werden. Das hat der Senat nun beschlossen.

Was ist der Stand der Dinge?

Der rot-rot-grüne Senat hat am 22. Oktober 2019 einen Gesetzentwurf für den Mietendeckel beschlossen. Dieser beruht auf den Eckpunkten, die bereits am 18. Juni 2019 im Senat beschlossen worden waren. Basierend auf den Eckpunkten hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen einen konkreten Referentenentwurf erarbeitet und am 2. September veröffentlicht. In den darauffolgenden Verhandlungen innerhalb der Koalition hat sich die Linksfraktion dafür eingesetzt, dass der Dreiklang aus Mietestopp, Mietentabelle mit Obergrenzen bei Wiedervermietung und der Möglichkeit der Kappung von überhöhten Mieten bestehen bleibt.

Wie geht es nun weiter?

Der Gesetzentwurf geht jetzt in den Rat der Bezirksbürgermeister und wird dann mit dessen Empfehlungen nochmals im Senat behandelt. Danach wird er ins Abgeordnetenhaus eingebracht und muss auch dort beschlossen werden. Das Gesetz soll im ersten Quartal 2020 in Kraft treten.

Was steht im aktuellen Gesetzentwurf?

• **Mietenstopp:** Die Mieten für nicht preisgebundene Wohnungen sollen mit Stand des Stichtages vom 18. Juni 2019 für einen Zeitraum von fünf Jahren weitgehend eingefroren werden. Auch für Staffelmieten ist die am 18. Juni 2019 geltende Miethöhe entschei-

Mietentabelle im Gesetzentwurf

Erstmalige Bezugsfertigkeit der Wohnung und Ausstattung	Obergrenze pro qm
bis 1918 mit Sammelheizung und mit Bad	6,45 Euro
bis 1918 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,00 Euro
bis 1918 ohne Sammelheizung und ohne Bad	3,92 Euro
1919 bis 1949 mit Sammelheizung und mit Bad	6,27 Euro
1919 bis 1949 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,22 Euro
1919 bis 1949 ohne Sammelheizung und ohne Bad	4,59 Euro
1950 bis 1964 mit Sammelheizung und mit Bad	6,08 Euro
1950 bis 1964 mit Sammelheizung oder mit Bad	5,62 Euro
1965 bis 1972 mit Sammelheizung und mit Bad	5,95 Euro
1973 bis 1990 mit Sammelheizung und mit Bad	6,04 Euro
1991 bis 2002 mit Sammelheizung und mit Bad	8,13 Euro
2003 bis 2013 mit Sammelheizung und mit Bad	9,80 Euro

dend. Ab 2022 darf die Miete um einen Inflationsausgleich von 1,3 Prozent pro Jahr erhöht werden, jedoch nur soweit, bis der entsprechende Wert der Mietentabelle erreicht ist.

• **Mietobergrenzen:** Es wird eine Mietentabelle eingeführt, in der die Mietobergrenze bei Neu- und Wiedervermietungen festgelegt wird. Diese ist nach dem Baujahr des Hauses und der Ausstattung mit Heizung und Bad gestaffelt (siehe Tabelle). Wird eine Wohnung wieder vermietet, gilt die Miethöhe, die die Vormieter*in gezahlt hat. Falls die Vormiethöhe höher ist als die Tabellenmieten, gilt die Tabellenmiete. Wenn eine Wohnung wieder vermietet wird, dürfen besonders niedrige Mieten von unter fünf Euro pro Quadratmeter um maximal einen Euro pro Quadratmeter auf maximal fünf Euro pro Quadratmeter angehoben werden.

• **Kappung:** Wenn die Miete bestehender Mietverträge über 120 Prozent der Mietentabelle liegt, kann sie auf 120 Prozent der Mietentabelle abgesenkt werden. Für Wohnungen in einfacher Lage gibt es dabei einen Abschlag von 28 Cent pro Quadratmeter auf den Wert der Mietentabelle, für Wohnungen in mittlerer Lage werden neun Cent pro Quadratmeter abgezogen und für Wohnungen in guter Lage werden 74 Cent pro Quadratmeter aufgeschlagen. Für die Absenkung müssen die Mieter*innen einen Antrag stellen. Diese Regelung wird erst neun Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wirksam.

• **Modernisierungsumlage:** Wenn Wohnungen in Zukunft modernisiert werden sollen, muss dies von den Vermieter*innen gemeldet werden.

Fall können Mieter*innen für den Betrag, der oberhalb der Obergrenze liegt, einen Zuschuss beantragen.

• **Durchsetzung:** Vermieter*innen, die sich nicht an die neuen Regelungen halten, müssen mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro rechnen.



Senatorin Lompscher informierte in einem Mitgliederforum

Geht das rechtlich überhaupt?

In Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung von Berlin ist das Recht auf angemessenen Wohnraum verankert. Mehrere juristische Gutachten bestätigen, dass ein öffentlich-rechtlicher Mietendeckel des Landes Berlin möglich ist. Denn seit der Föderalismusreform sind die Bundesländer für das Wohnungswesen zuständig. **Wenn der Mietendeckel kommt, entfällt dann die Vergesellschaftung?** Nein. Für die Linksfraktion stehen Mietendeckel und Vergesellschaftung nicht gegeneinander, sondern ergänzen sich. Der Mietendeckel ist eine befristete Lösung zur schnellen Linderung des Mietwahnsinns. Die von der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ angestrebte Vergesellschaftung, die wir unterstützen, soll auf lange Sicht die Wohnungsbestände der großen profitorientierten Wohnungsunternehmen in Gemeinwirtschaft überführen.

Zulässige Zuschläge

- Liegt der Wohnraum in Gebäuden mit nicht mehr als zwei Wohnungen, erhöht sich die Mietobergrenze um einen Zuschlag von zehn Prozent.
- Für Wohnraum mit moderner Ausstattung erhöht sich die Mietobergrenze um 1 Euro. Eine moderne Ausstattung liegt vor, wenn der Wohnraum wenigstens drei der folgenden fünf Merkmale aufweist: 1) schwellenlos von der Wohnung und vom Hauseingang erreichbarer Personenaufzug, 2) Einbauküche, 3) hochwertige Sanitärausstattung, 4) hochwertiger Bodenbelag in der überwiegenden Zahl der Wohnräume und/oder 5) Energieverbrauchskennwert von weniger als 120 kWh/(m²a).



Gedenken – Hoffnung – Zukunft

Köpenicker Synagogenkonzert in der Freiheit fünfzehn

 Auch 2019 erinnert Treptow-Köpenick mit einer Gedenkveranstaltung unter freiem Himmel und einem Synagogenkonzert an das Schicksal der ehemaligen Köpenicker jüdischen Gemeinde und ihres Gotteshauses, der Synagoge Freiheit 8 in der Köpenicker Altstadt. Sie war eines von 15 jüdischen Gotteshäusern, die allein in Berlin in der von den Nationalsozialisten herablassend-spöttisch „Reichskristallnacht“ genannten Pogromnacht zerstört wurden, welche reichsweit mehrere hundert Todesopfer forderte.

Am 9. November 1938 hatten SA-Leute im Rahmen der nationalsozialistischen Novemberpogrome das damals erst 28 Jahre alte, vom Rixdorfer Architekten Adolf Sommerfeld entworfene Gebäude verwüstet, geplündert und in Brand gesetzt. Die stark beschädigte Synagoge in Köpenick wurde durch Bombentreffer im Zweiten Weltkrieg weiter zerstört

Saalkonzert bei freiem Eintritt in der FREIHEIT FÜNFZEHN, mit Kantor Isaac Sheffer, dem Synagogaal Ensemble Berlin und Organist Jürgen Geiger. Das Synagogaal-Ensemble-Berlin ist weltweit das einzige Ensemble, das jeden Freitagabend, Schabbatmorgen sowie an allen jüdischen Feiertagen die Kompositionen des großen jüdischen Meisters und Reformators Louis Lewandowski präsentiert.

„Die Veranstaltung, die auf Grund großer Unterstützung ohne finanzielle Belastung für den Bezirk stattfindet, hat mit Regina Yantian eine überragende Künstlerin für die Leitung des Konzertes gewonnen,“ so Norbert Pewestorff, Mitorganisator der besonderen Veranstaltung. Yantian, die in Heidelberg, Jerusalem und Berlin studierte, ist Organistin und Chorleiterin der Synagoge Pestalozzistraße. Von 2004 bis 2011 leitete sie auch den von Estrongo Nachama gegründeten Schalom-Chor Berlin.



GEDENKKONZERT
Gedenken • Hoffnung • Zukunft

Köpenicker Synagogenkonzert 2019

Sonntag 10. November 2019

Synagogalmusik aus Deutschland und den USA

17:00 Uhr
Gedenken am Ort der ehemaligen Synagoge Freiheit 8, 12555 Berlin
El Male Rachamim – Totengedenken
Kantor Isaac Sheffer
Kinderchor der Joseph-Schmidt-Musikschule

17:45 Uhr
Konzert im Saal FREIHEIT FÜNFZEHN Freiheit 15, 12555 Berlin

Aufführende
Kantor Isaac Sheffer
Synagogaal Ensemble Berlin
Orgel: Jürgen Geiger
Künstlerische Leitung: Regina Yantian

Eintritt frei

Diese Veranstaltung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin mit Unterstützung des Louis Lewandowski Festivals und der FREIHEIT FÜNFZEHN im Rahmen der jüdischen Kulturtage.



Foto: BA Treptow-Köpenick

Gut besucht das Synagogenkonzert im vergangenen Jahr.

und musste 1945 vollständig abgetragen werden. Eine Gedenktafel erinnert heute an die Synagoge und ihre Geschichte.

Die Gedenkveranstaltung beginnt am Sonntag, dem 10. November 2019 um 17 Uhr mit dem Totengedenken El Male Rachamim mit Kantor Isaac Sheffer und dem Kinderchor der Joseph-Schmidt-Musikschule Treptow-Köpenick vor der Freiheit 8, 12555 Berlin-Köpenick. Anschließend gibt es unter der künstlerischen Leitung von Regina Yantian ein

Bezirksbürgermeister Oliver Igel freut sich, dass es wieder einmal gelungen ist, mit der Gedenkveranstaltung unter dem Motto „Gedenken. Hoffnung. Zukunft“ Teil der Jüdischen Kulturtage zu sein: „Vielfalt der Kulturen und unterschiedliche Einflüsse waren immer eine Bereicherung für Gesellschaften. Die Köpenicker Synagoge, die vor 81 Jahren von den Nazis zerstört wurde, war und ist eine solche Bereicherung für die Stadtgesellschaft hier im Südosten Berlins.“

Foto: Joseph Rohmann



Allende-Brücke einspurig frei

Der westliche Teil der Salvador-Allende-Brücke soll bereits ab dem 22.11.2019, also einen Monat früher als geplant, wieder in beiden Fahrtrichtungen einspurig für den Verkehr freigegeben werden. Wenn das Wetter mitspielt, kann die Freigabe des westlichen Teils der Brücke somit einen Monat früher als geplant erfolgen. Die BVG plant derzeit, den Busverkehr ab 03:00 Uhr am Morgen des 23.11.2019 in der alten Linienführung wieder aufzunehmen. Der Abschluss der gesamten Bauarbeiten ist für Ende 2021 vorgesehen.



Foto: Joseph Rohmann

Gutachten: Vergesellschaftung verfassungsgemäß

Das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ fordert ein Gesetz des Landes Berlin, um Wohnungen großer privater Wohnungsunternehmen zu vergesellschaften. Dabei beruft man sich auf Artikel 15 des Grundgesetzes: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Die Fraktionen DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin und DIE LINKE im Bundestag haben den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Joachim Wieland (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) gebeten, ein Gutachten zu erstellen, um Klarheit über die rechtlich relevanten Vorgaben für eine solche Vergesellschaftung zu gewinnen.

Aus dem Gutachten geht hervor, dass das Land Berlin befugt ist, ein Gesetz zur Vergesellschaftung zu erlassen und dieses sowohl mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung von Berlin als auch dem Recht der Europäischen Union und der Schuldenbremse vereinbar ist. Zudem formuliert Prof. Dr. Wieland in seinem Gutachten konkrete Anforderungen an ein solches Vergesellschaftungsgesetz. Der gesamte Text des Gutachtens ist im Internet unter www.linksfraktion.berlin/gutachten/ zu finden.

Auf dem Gelände des ehemaligen Kabelwerks sind neue Wohnungen geplant.

Wohnen im Alten Kabelwerk

Denkmalgeschützte Bauten sollen teilweise erhalten werden



Auf dem Gelände des ehemaligen Kabelwerks Köpenick (Friedrichshagener Straße 10-12) ist der Bau von 900-1000 Wohnungen geplant. Das antwortet das Bezirksamt auf die Frage von Petra Reichardt (DIE LINKE). Demnach ist das Grundstück von der Deutschen Wohnen erworben worden. Ziel sei es, die denkmalgeschützten Bauten zumindest in Teilen zu erhalten. Daneben sind Wohngebäude geplant,

die sich an das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung halten sollen. Danach wären mindestens 30% der Wohnfläche als bezahlbarer Wohnraum herzustellen. Die Deutsche Wohnen soll diesem Vorhaben bereits zugestimmt haben, die Abstimmungen zum Baukonzept laufen derzeit, so das Amt. Derweil scheint es um die Standsicherheit der Hallen nicht gut bestellt. Laut einem Gutachten der Deutsche Wohnen

werden die tragenden Bauteile der Hallen nicht mehr als standsicher beurteilt. Im Bezirksamt wird nun eine kritische Prüfung dieses Gutachtens durch die Untere Denkmalschutzbehörde (UD) erfolgen.

Gegenüber der UD habe die Deutsche Wohnen bereits zugesichert, unabdingbare Maßnahmen für den Substanzerhalt (Reparatur der Dachdeckung an den Geschossbauten) einzuleiten.

● Joseph Rohmann

Neue touristische Informationsstele

Schritt zur Digitalisierung im Berliner Tourismus

Mit einer von acht berlinweiten Pilotstellen freut sich Bezirksbürgermeister Oliver Igel gemeinsam mit Mathis Richter, Geschäftsführer des Tourismusverein Berlin Treptow-Köpenick e. V., über die Fertigstellung der Informationsstele am Rathaus Köpenick. Diese ist ab sofort in deutscher und englischer Sprache nutzbar. Nicht nur Gäste, sondern auch Berlinerinnen und Berliner, können damit auf komfortable Weise die Altstadt Köpenick in ihrer Vielfalt entdecken. Davon ist auch Oliver Igel, Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick, überzeugt: „Treptow-Köpenick hat viele touristische Highlights, die es zu entdecken lohnt. Die Informationsstele ist eine wunderbare Erweiterung des touristischen Informationsangebotes. Leicht zugänglich, einfache und intuitive Handhabung, zweisprachig und zudem mit

einem freien WLAN-Angebot ausgestattet. Ich freue mich sehr, dass eine von acht berlinweiten Pilotstellen nun vor dem Rathaus Köpenick steht.“

Auf dem digitalen Display finden sich mit einer Umgebungskarte naheliegende Sehenswürdigkeiten und Informationen z.B. zu ÖPNV-Anschlüssen, Taxiständen, Toiletten, Spielplätzen und Polizeidienststellen. Mithilfe eines QR-Codes sind zusätzliche Informationen zu den touristischen Highlights in der Umgebung abrufbar. Neben dem Touchscreen befindet sich auf der anderen Seite der Stele eine analoge Orientierungskarte. Bei der Gestaltung der Stele spielte die Barrierefreiheit eine besondere Rolle: Alle Inhalte sind als zweisprachige Audioinformation abrufbar. Zudem sorgt das Prinzip „Design for all“ dafür, dass die grafischen und

technischen Elemente für alle Interessierten zugänglich und nutzbar sind. Somit wird das „touristische Informationssystem Berlin“, mit den bereits vorhandenen blauen Hinweisschildern, durch die digitalen Stelen optimal ergänzt. „Mit der touristischen Informationsstele gelingt ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung im Berliner Tourismus. Hiermit können touristische Informationen und vieles Weitere auf nur einer Oberfläche erkundet werden. Die Sehenswürdigkeiten sind dabei nach vier spannenden Kategorien wie „unvermutet“ und „persönlich“ sortiert. Damit finden sowohl Berlinerinnen und Berliner als auch Gäste sehenswerte Orte in unserem schönen Bezirk, die eher selten in einem Reiseführer stehen.“, so Mathis Richter, Geschäftsführer des Tourismusverein Berlin Treptow-Köpenick e. V. Die ersten acht Stelen befinden sich in den Bezirken Charlottenburg, Mitte, Lichtenberg, Köpenick und Zehlendorf. Diese Stelen

werden innerhalb einer Pilotphase bis Ende 2020 getestet und die Erfahrungen ausgewertet. Anschließend erfolgt bis 2023 die Fertigstellung der insgesamt 220 Informationsstelen in ganz Berlin. Die Standorte der Stelen befinden sich größtenteils an U- und S-Bahnhöfen, an stark frequentierten Plätzen und Sehenswürdigkeiten in allen Berliner Bezirken.

Die landeseigene Grün Berlin Stiftung und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sind für die Gesamtkoordination und Umsetzung des Projekts zuständig. Bei der Erstellung der touristischen Inhalte wirkten zudem visitBerlin und die Bezirke, in Treptow-Köpenick insbesondere die Wirtschaftsförderung und der ansässige Tourismusverein, mit. Die Finanzierung der Informationsstelen erfolgt aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und aus Landesmitteln.



Foto: Bernhard Brügger

Hier hat sich die Natur das Baugebiet zurückerobert. Nun soll hier doch gebaut werden.

Online-Petitionen gegen Abholzung

Baustadtrat sieht wenig Erfolgsaussichten – Bebauungsplan rechtskräftig

➊ Noch hört man auf der Grünfläche zwischen Salierstraße und Wegedornstraße den Specht hämmern. Doch in Kürze sollen hier Motorsägen den Ton angeben. Denn das ehemalige DDR-Fernsehgelände gehört inzwischen einem Privatinvestor und der möchte hier lukrative Eigenheime errichten.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Natur das Gebiet zurückerobert: Es entstand ein kleiner Wald, 26 Vogelarten und viele Säugetiere siedelten sich an. Selbst wenn keine der Arten als gefährdet gilt, so ist durch Nabu-Erhebungen bekannt, dass in Berlin alle Vogel- und Insektenpopulationen durch Lebensraumverlust im Bestand dezimiert wurden. Dass der wirksamste Klimaschutz von CO₂-aufnehmenden Wäldern kommt, ist auch kein Geheimnis. In diesem Sommer belastete zudem der Temperaturunterschied zwischen Stadt und Umland. Durch die Beseitigung von Grünflächen mit einher gehender Bebauung heizen sich die Großstädte zunehmend auf.

Diese Sachverhalte sind natürlich auch der Bürgerinitiative bekannt, die mit der Online-Petition „Rettet unser Wäldchen“ unter <http://gleft.de/3hk> den Bau von 126 Einzel- und Doppelhäusern verhindern will. „Der Bebauungsplan ist seit 2018 rechtskräftig und die Rechtsgrundlage für die Beurteilung von Bauanträgen“, sagt Bezirksbaustadtrat Rainer Hölmer. „Ich sehe somit kaum Erfolgsaussichten.“ Es sei ein Fachgutachten Umwelprüfung mit integrierter Eingriffsregelung und faunistischer Einschätzung erstellt worden. Zur Schaffung von Erholungsflächen sowie als Ein-

griffsvermeidungsmaßnahme wurde laut Hölmer die Festsetzung des Birkenwäldchens als Waldfläche im Bebauungsplan verfolgt. Ausgleichsmaßnahmen seien festgesetzt und Straßenbaumpflanzungen vertraglich vereinbart worden. „Mit dem Birkenwäldchen und dem Gehölzstreifen östlich davon bleiben die wesentlichen altbaumgeprägten Gehölzstrukturen erhalten“, so Hölmer. „Somit auch die Fortpflanzungsstätten für höhlenbewohnende Vogelarten.“ Man gehe davon aus, dass sich unter den nachgewiesenen Brutvögeln keine Arten befinden, die nach den Roten Listen Berlins oder Deutschlands als gefährdet gelten. Streng geschützte Arten nach Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) wurden ebenfalls nicht festgestellt.

Selbst wenn die Erfolgsaussichten gering sind: „Unsere Unterschriftenlisten werden wir dennoch beim Bezirk einrei-

chen“, so eine Mitinitiatorin der Online-Petition. Dass die Gutachten alles berücksichtigen würden, stimme nach Recherchen der Bürgerinitiative nur bedingt. Gerade bei nachgewiesenen Fledermausvorkommen sei nicht ausreichend auf Nistplätze untersucht worden. Im Gegenteil: Es sei angeraten worden, diese Passage aus dem Gutachten zu streichen, kritisiert die Initiative, die schon mehr als 2.100 Unterschriften sammeln konnte.

Auf über 2.700 Unterstützer kommt die Online-Petition einer Bürgerinitiative, die sich dem Kahlschlag an der Hermann-Dorner-Allee in Adlershof entgegenstellt. Hier sollen 13.000 Quadratmeter Kiefernwald mit 700 Bäumen gefällt werden. 450 Wohnungen und 120 Mikrowohnungen sind geplant. Baurecht werde vor Baumschutz gestellt, kritisiert die Initiative. Zudem

könne mit einer Kompensationsabgabe von 71 Euro pro Baum kein adäquater Ersatz erfolgen. Wie empfindlich Neuanpflanzungen sind, zeigt der Landschaftspark Johannisthal, wo bis 2018 aufgrund der Dürre mehr als 500 Bäume verloren gingen. In Adlershof sollen nunmehr gesunde Bäume der Säge zum Opfer fallen. Im Internet kann über die Seite www.kiefernwald-adlershof.de gegen das Projekt votiert werden.

● Bernhard Brügger

▶ 10 Jahre Campus Wilhelminenhof Oberschöneeweide

Seit nunmehr 10 Jahren gibt es die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) mit dem Campus Wilhelminenhof in Oberschöneeweide. Nunmehr feiert die angesehene Hochschule ihren 25. Geburtstag mit ihren beiden Standorten in Lichtenberg und Oberschöneeweide.

Mittlerweile gibt es an der HTW rund 14.000 Studierende, die ein vielfältiges und hochwertiges Angebot an mehr als 70 Studiengängen in den Bereichen Technik, Informatik, Wirtschaft, Recht, Kultur und Gestaltung geboten bekommen. Auf die praxisnahe Forschung wird dabei besonders Wert gelegt.

Bezirksbürgermeister Igel gratulierte bei der Jubiläumsveranstaltung: „Die eindrucksvolle Entwicklung der größten Berliner Hochschule für Angewandte Wissenschaften zeigt, wie man die Dimensionen Wissen und Wissenschaft mit einem hohen Praxisbezug und einer vernetzten Zusammenarbeit erfolgreich gestalten kann. Ein Meilenstein für die Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Treptow-Köpenick war vor 10 Jahren die Eröffnung des Campus Wilhelminenhof. Ich begrüße ausdrücklich die weiteren Pläne der HTW zur Erweiterung dieses Standortes. Bei den Feierlichkeiten zum Jubiläum wünsche ich der Hochschulleitung, den Beschäftigten sowie den Studierenden viel Freude und gratuliere der Hochschule sehr herzlich zum 25. Geburtstag!“

Wichtige Punkte:

1. B-Planung hat als Grundlage den Flächennutzungsplan (FNP) der auf Landesebene beschlossen wird. Dieser FNP sieht an dieser Stelle „Wohnen“ vor.
2. B-Planverfahren läuft seit 1998, ursprünglich war hier eine Schule vorgesehen. Im Jahre 2000 wurde die Notwendigkeit einer Schule nicht mehr gesehen. Deshalb Planungen für Wohnungsbau.
3. Im November 2016 öffentliche Auslegung des B-Planentwurfes. Ganze drei Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürger.
4. Der B-Plan wurde 2018 beschlossen und ist damit rechtsverbindlich
5. Der B-Plan sieht den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern vor und passt sich somit der Wohnumgebung an
6. Das Birkenwäldchen ist als Parkanlagen gewidmet und somit geschützt
7. Für andere Flächen die bebaut werden und auf denen bisher Bäume standen, werden innerhalb des B-Plangebietes Ausgleichsmaßnahmen und -flächen geschaffen. Dabei sollen aber schützenswerte Bäume gem. Baumschutzverordnung erhalten und gepflegt werden. Schutzmaßnahmen sind auch für geschützte Tierarten vorgesehen.

▶ Bauaktenarchiv geschlossen

Das Bauaktenarchiv des Fachbereichs Bau- und Wohnungsaufsicht am Standort Luisenstraße 16 in 12555 Berlin bleibt ab dem 1. Dezember 2019 bis einschließlich 28. Februar 2020 aufgrund von Umbauarbeiten und Inventarisierungsarbeiten geschlossen.

Es wird um Verständnis gebeten, dass Termine während dieser Zeit nicht wahrgenommen werden können.

Ab dem 1. März 2020 sind die Kolleginnen und Kollegen voraussichtlich wieder für Sie erreichbar.



Foto: Joseph Rohmann

Weihnachts-päckchen

Nicht „Last Minute“ sondern „Best in time“ – so kann man das Engagement der Freien evangelischen Gemeinde Berlin-Adlershof beschreiben. Mitglieder und Freunde der Kirchengemeinde füllten am Sonntag (20.10.) insgesamt 78 Schuhkartons mit neuen Geschenken. Damit unterstützen sie die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“. Im Rahmen der weltweiten Aktion werden in rund 100 Ländern bedürftige Kinder zu Weihnachtsfeiern eingeladen und erhalten in diesem Rahmen ihr ganz persönliches Geschenk. Bis zum 15. November können noch Päckchen zu einer von neun Abgabestellen im Bezirk gebracht werden. Diese findet man unter www.weihnachten-im-schuhkarton.org. Wer keine Zeit hat, kann für eine Spende von nur 35 Euro sein Päckchen digital auf die Reise schicken: www.onlinepacken.org

Erst wenn die Zustimmung vom Eisenbahnbundesamt vorliegt, können die Bauarbeiten weitergeführt werden.

Bauarbeiten dauern länger

DB mit Stand am S-Bahnhof Wilhelmshagen unzufrieden



Die Bauarbeiten an der Unterführung am S-Bahnhof Wilhelmshagen dauern an. Eine schnelle Verbesserung scheint nicht in Sicht. In seiner Antwort an das Bezirksamt schreibt der Berliner Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn Alexander Kaczmarek, er sei mit dem aktuellen Stand der Bauarbeiten nicht zufrieden. Da für das Bauvorhaben eine

innovative Bauweise gewählt worden sei, wäre es nötig gewesen, eine Zustimmung im Einzelfall von dem Eisenbahnbundesamt einzuholen. Erst wenn diese Zustimmung vorliege, könnten die Bauarbeiten weitergeführt werden, so Kaczmarek. Sobald die entsprechende Genehmigung vorliege, würden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Wilhelmshagen über den weiteren Ver-

lauf in einer Öffentlichkeitsveranstaltung informiert. Termine mag der Konzernbevollmächtigte indes nicht mehr ankündigen, bisherige Terminvorstellungen hätten sich in der Vergangenheit nicht bestätigt. Dies sei ein Grund für die zurückhaltende Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit.

Im März 2019 hatten SPD und LINKE in einem interfraktionellen Antrag gefordert, die Personenunterführung am S-Bahnhof Wilhelmshagen unverzüglich fertigzustellen und einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen.

Sicherung vorhandener Infrastruktur in Spindlersfeld

Spielplätze und Grünflächen sollen erhalten bleiben

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der DEGEWO dafür einzusetzen, dass diese ihr derzeitiges Vorhaben, in der Färberstraße 19 die Grün- und Spielfläche zwischen zwei bestehenden Wohnblöcken mit einem weiteren Block zu bebauen, nicht in dieser Art realisiert, um die vorhandene soziale und grüne Infrastruktur im Interesse der Mieterinnen und Mieter sowie entsprechend dem bezirklichen Sozialen Infrastrukturkonzept wohnortnahe Spielplätze und Grünflächen zu erhalten.

„Es gibt auf dem Areal an der Ottomargeschke-Straße, Färberstraße und Ahornallee noch weitere Flächen, die sich für den Neubau besser eignen würden“, so Petra Reichardt, Antragstellerin aus der Fraktion. Außerdem sollen die Mieterinnen und Mieter enger in die Planungen einbezogen werden. „Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft soll mit dem Bezirksamt die vorhandenen Alternativen prüfen, um das selbstgesteckte Ziel, den Neubau harmonisch in die vorhandene Struktur einzufügen und das Quartier für die Nachbarschaft aufzuwerten, besser zu verwirklichen. Zu den aktuellen Plänen gibt es durchaus Ideen, die besser für eine gute Nachbarschaft und die Schaffung neuer Begegnungsorte sind“, so Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung.

Neubau von Wohnungen wird dringend benötigt. Auch die städtische DEGEWO muss ihren Beitrag zum Neubau leisten und damit auch Quartiere verdichten. Zu den bestehenden Plänen für eine Nachverdichtung in der Färberstraße gibt es aber Widerspruch von Mieterinnen und Mietern, die den geplanten Neubau gern an einer anderen Stelle sehen würden. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb in einem Antrag an die BVV dem Bezirksamt empfohlen, sich bei der DEGEWO dafür einzusetzen, dass diese ihr derzeitiges Vorhaben, in der Färberstraße 19 die Grün- und Spielfläche zwischen zwei

bestehenden Wohnblöcken mit einem weiteren Block zu bebauen, nicht in dieser Art realisiert. So soll die vorhandene soziale und grüne Infrastruktur im Interesse der Mieterinnen und Mieter sowie entsprechend dem bezirklichen Sozialen Infrastrukturkonzept wohnortnahe Spielplätze und Grünflächen zu erhalten werden.

bestehenden Wohnblöcken mit einem weiteren Block zu bebauen, nicht in dieser Art realisiert. So soll die vorhandene soziale und grüne Infrastruktur im Interesse der Mieterinnen und Mieter sowie entsprechend dem bezirklichen Sozialen Infrastrukturkonzept wohnortnahe Spielplätze und Grünflächen zu erhalten werden.

Männer für Gleichstellung

Im vergangenen Jahr wurde die Ausstellung „Auf dem Weg zur Gleichstellung – Frauen verändern Geschichte“ präsentiert. In dieser wurden sechs Biografien von Frauenrechtlerinnen aus dem Bezirk Treptow-Köpenick im Rathaus Köpenick gezeigt.

Mit der Fortführung und erweiterten Ausstellung „Auf dem Weg zur Gleichstellung – Geschichte gemeinsam verändern“ werden nun fünf männliche Persönlichkeiten aus dem Bezirk porträtiert, welche sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und diese konkret unterstützen.

Zu ihnen gehören der Präsident der HTW, Prof. Dr.-Ing. Carsten Busch, der Bezirksverordnete Steffen Sambill, der Unternehmer Stefan Meiners von der Polyprint GmbH, der Bildungsreferent Michael Raj Kunsmann aus dem FEZ-Berlin sowie Prof. Dr. Ulrich Panne, Präsident der BAM (Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung).

Heute ist es wichtig, Gleichstellungspolitik geschlechterübergreifend zu gestalten. Insofern ist es folgerichtig den Blick auf die Männer zu richten, welche sich für die Belange, Bedarfe und geschlechterbezogene Benachteiligungen interessieren und zugleich engagiert mitwirken, Strukturen zu verändern.

Sprechstunde stellv. Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Jugend Gernot Klemm
Di., 26. 11. 2019, 16–17.30 Uhr
Groß-Berliner Damm 154,
12489 Berlin, Raum 122.
Anmeldung telefonisch unter
(030) 90297-6100

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do	15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag	12.00 – 17.00 Uhr
Freitag	10.00 – 13.00 Uhr

www.linksfraktion-tk.de

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Okt 2019.
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am
Do. 5. Dezember 2019. Redaktionsschluss dafür:
26. 11. 19

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag + Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39
kontakt@fuchs-stefanie.de

Öffnungszeiten:

Montag 10.00 – 16.00 Uhr
Di + Mi: nach Vereinbarung
Donnerstag 12.00 – 18.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr
Persönliche Termine aktuell nur
nach vorheriger Vereinbarung

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

Sprechzeiten vor Ort: um vorherige
Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Do, Fr 10.00 – 14.00 Uhr
Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
Jeweils 13.30 – 16.15 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei
DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Okt 2019.
Redaktionsschluss für Ausgabe Dezember: Di 26.11.19
Ausgabebetrag blättchen 256: Do. 5. Dezember 2019
Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im **Oktober** & **November** zum Geburtstag

Im Oktober

- 65. Bärbel Hecker
- 70. Michael Ralf Morgenstern
Ines Sarnighausen
- 75. Christina Graupner
- 80. Rolf Heßke, Walter Klamt
Ursula Mütze, Erika Schoob
- 85. Ina Apostel, Waltraud Höpcke
Klaus-Peter Kosanke
Inge Nestler, Rolf Spange
Helga Weller
- 90. Anneliese Hilgenfeld
- 93. Christa Gehre
- 92. Lore Krajewski

- 91. Sonja Bernhard
- 94. Ursula Hartmann

Im November

- 65. Hans-Günter Beyer
Holger Ziesing
- 70. Michael Genzel
- 75. Marlies Strub
- 90. Horst Scholz
- 92. Roland Hetzer
Elisabeth Hübner
Eva Wokeck
- 93. Annemarie Baßler
- 94. Anna-Dorothea Klein



Besuch im Museum Treptow in Johannisthal

Wahlkreistag

Unterwegs bei Einrichtungen im Bezirk

Wahlkreisarbeit ist wichtiger Teil der Tätigkeit der LINKEn Abgeordneten. Als direkt gewählte Abgeordnete im Treptower Norden besucht Katalin Gennburg bei ihren regelmäßigen Wahlkreistagen wichtige Orte, Personen und Institutionen im und um ihren Wahlkreis.

Am 23. Oktober besuchte Katalin Gennburg mit ihrem Team zunächst das Museum Treptow in Johannisthal und die neue Leiterin der Museen Treptow-Köpenick Agathe Conradi. Des Bezirks-

museum gibt spannende Einblicke z.B. in die Geschichte der Gewerbeausstellung im Treptower Park von 1896 und auch in die deutsche Kolonialgeschichte. Die wichtige Rolle der vielfältigen Regionalgeschichte Berlins braucht aktive Bezirksmuseen.

Die evangelische Kirchengemeinde in der Plesser Straße bietet bereits seit Anfang der 1990er Jahre eine Notunterkunft für Wohnungslose im Winter. Entstanden ist diese aus tätiger Hilfe für die

Der Mietendeckel kommt!
mit Katalin Gennburg, MdA

Der Mietendeckel ist gerade das brisanteste Thema in Berlin und deshalb gibt es auch viele Fragen. Was ist der Stand der Dinge? Wie geht es nun weiter? Was steht im aktuellen Gesetzentwurf?

Deshalb laden wir Sie am Dienstag, den 26. November, um 18:30 Uhr in den Bürgersaal im Kulturzentrum „Alte Schule“ zu einem Gespräch mit der Stadtentwicklungspolitischen Sprecherin Katalin Gennburg ein, um über den Mietendeckel im Land Berlin zu sprechen.

Einladung Bürgerforum
Di, 26.11.2019 | 18:30 Uhr
Kulturzentrum „Alte Schule Adlershof“
Dörpfeldstraße 54, 12489 Berlin

Linksjugend
DIE LINKE.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Bürgersprechstunden

Katalin Gennburg

Bürger*innensprechstunde:

Montag, 18.11. 14.30–16.30:

Sozial-/Hartz IV-Beratung

Dienstag, 19.11. 16–18 Uhr:

Mietenberatung

Dienstag, 19.11. 18–20 Uhr:

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg

„Die Quelle“, Moosdorfstraße 7–9

Anmeldung bitte vorab per mail unter
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Carsten Schatz, MdA

Donnerstag, 7.11. von 17–19 Uhr

Bürgerbüro, Friedrichshagener Str. 1

Donnerstag, 5.12. von 17–19 Uhr

Kiezklub Altglienicke, Ortolfstr. 184,

Stefanie Fuchs, MdA

Mi, 20.11.19 von 10–11.30 Uhr

Bürgerbüro Allendeweg 1,

12559 Berlin

Anmeldung nicht erforderlich

Gregor Gysi, MdB

Mittwoch, 18.12.19 von 12–18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi,

Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.

Anmeldungen bitte bei

André Schubert unter 63 22 43 57

Menschen, die während der Nachwendwirren im Immobiliensektor in Berlin aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Auch über die aktive Rolle der Kirchengemeinde in den Bemühungen um Öffnung und Demokratisierung der DDR in den 1980er Jahren berichtete der Pfarrer.

Die Reederei Stern und Kreis hat mit dem Treptower Hafen ihren wichtigsten Liegeplatz im Treptower Norden. Der öffentliche Zugang zu den Berliner Gewässern und Ufern ist seit langem Teil von Katalin Gennburgs Politik, weswegen auch mit diesen Akteuren zu sprechen ist. Spannend war daher auch in Erfahrung zu bringen, wie sich die touristische Schifffahrt auf die Digitalisierung und die neuen Anforderungen an die Luftreinhaltung einstellt und Gedankenspiele zu diskutieren, wie diese auch in ein öffentliches Verkehrssystem einbezogen werden könnte.



Foto: Philipp Wohlfel

Werner Laube vor den Bildern seiner Ausstellung

Laube und seine Schüler

Ausstellung zum 75. Geburtstag von Werner Laube

Seit 45 Jahren lebt und arbeitet Werner Laube in Treptow. Hier hat der Student der Kunsthochschule Weißensee seine Familie gegründet und später 30 Jahre lang als Diplom-Grafiker Plakate, Buchillustrationen und Ausstellungen gestaltet. Laube war Mitbegründer des Kulturzentrums Schöneweide, Ratz-Fatz e.V. und leitet dort seit 1990 einen Malkreis für Senioren sowie einen Mal- und Zeichenkurs für Kinder. Er war auch mehrere Jahre Vorsitzender des Kunstvereins

Treptow, dessen Mitbegründer er war. In Zibelle/Niederschlesien (heute Niwica/Polen) geboren, hält er auch intensive künstlerische Kontakte zur Kulturszene in der polnischen Woiwodschaft Lebusener Land.

Neben seinen künstlerischen Aktivitäten hat sich Laube auch um die Städtepartnerschaft von Treptow-Köpenick mit der norditalienischen Stadt Albinea verdient gemacht, die ohne ihn vermutlich nicht zustande gekommen wäre.

Die Verbindung war in Gedenken an den in Adlershof geborenen Wehrmachtssoldaten Hans Schmidt begründet worden, der wegen seiner Verbindung zum italienischen Widerstand 1944 in Albinea hingerichtet worden ist. Viele Jahre war Werner Laube auch politisch in der Bezirksverordnetenversammlung für die PDS und später DIE LINKE aktiv. Zu seinem 75. Geburtstag hat sich Lau-

be für die Besucher des Ratz-Fatz und ihn selbst ein besonderes Geschenk ausgedacht: Neben einer Auswahl eigener Werke aus vergangenen Jahren stellt er die schönsten Bilder seiner früheren und heutigen Malkinder vor. Die Landschaften, Porträts und Kinderzeichnungen sind noch bis zum 25. November, jeweils Montag bis Freitag von 10.00 bis 18.00 Uhr und zu den Veranstaltungen im RatzFatz zu sehen.

Foto: André Schubert



In seiner Funktion als Beiratsmitglied der Spielbank Berlin überreichte LINKEN-Politiker Gregor Gysi Schecks in einer Gesamthöhe von 10.000 EURO an kulturelle und soziale Projekte in Berlin. Das Treptow-Köpenicker Jobnetzwerk für Geflüchtete Türöffner e.V. (Foto) und die im Prenzlauer Berg ansässige Kulturplattform Panda erhielten jeweils einen Scheck in Höhe von 5.000 EURO. Türöffner e.V. vermittelt Geflüchtete in den Arbeitsmarkt und legt somit die Grundlagen für eine gelungene Integration.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

- Mo 11.11. | 14 Uhr** Aktuelle Aufgaben der Seniorenpolitik in Auswertung der Hauptversammlung und aktuelle Probleme der gegenwärtigen Strategiedebatte der LINKEN, Arbeitsschwerpunkte für 2020. AG Senioreninnen und Senioren. Gäste aus weiteren BOs, Vereinen und Mietervertretungen sowie neue Mitstreiter sind willkommen. Bürgerbüro Brückenstraße 28
- Di 12.11. | 18 Uhr** Gesprächsrunde mit Dr. Gregor Gysi, MdB, Thema die Europawahl und die Wahlen zu den Landtagen, Gaststätte „Zum Hauptmann von Coepenick“. Oberspreestraße 148, 12557 Berlin
- Mo 18.11. | 17 Uhr** Deutschland nach den Landtagswahlen. Öffentliches Gespräch zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen mit dem Politikwissenschaftler Dr. Erhard Crome. DIE LINKE BO „Am Teptower Park“ lädt in das Lokal „Jawoll“ am Ärztehaus Plänterwald ein, Galileistraße 41, 12435 Berlin
- Di 26.11. | 18.30 Uhr** Bürgerforum im Kulturzentrum Alte Schule Adlershof, Dörfeldstraße, „Der Mie-

tendeckel kommt“ mit Katalin Gennburg, MdA.

- Mi 27.11. | 15 Uhr** Gedenken zum 75. Jahrestag der Ermordung des Arbeitersportlers und Kommunisten Willi Sänger. Es spricht Heike Kappel (DIE LINKE). Veranstaltung des Bund der Antifaschisten Treptow. Treffpunkt an der Sportanlage Köpenicker Landstraße.

RAT UND TAT

- Mo 11.11. | 17 Uhr** Rechtsanwalt Kay Füblein führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per email (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030 - 63 22 43 57) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

KULTUR UND UNTERHALTUNG

- So 10.11. | 11 Uhr** Traditionelle Mati-

nee des BdA Treptow im Rathaus Treptow zum Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom November 1938. Es spricht Prof. Dr. Mario Keßler, es musiziert das russisch-ukrainische Duo MaSur.

- So 10.11. | 17.30 Uhr** Köpenicker Synagogenkonzert im Saal Freiheit Fünfzehn.
- Di 19.11. | 19 Uhr** Berlin-Ecke Schönhauser. Film (DEFA 1957) mit Vortrag. Filmwissenschaftlerin Irina Vogt erinnert anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls mit einem zuerst in der DDR und später in der BRD verbotenen DEFA-Film an das geteilte Berlin. Am U-Bahnbogen auf der Schönhauser treffen sie sich täglich, die vier 16 bis 17jährigen, ihre Elternhäuser werden ihnen zu eng, zusammen führen sie sich stark.

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

- Sa 23.11. | 10 Uhr** Landesparteitag DIE LINKE, Bunsensaal, WISTA conventions Adlershof, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin
- Mo 2.12. | 17 Uhr** Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin

- Di 3.12. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand DIE LINKE, Bürgerzentrum Grünau, Wassersportallee 34, 12527 Berlin

Landesarbeitsgemeinschaften

- Fr 8.11. | 18 Uhr** LAG Schule, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Mo 11.11. | 19 Uhr** LAG Sport, Bürgerbüro, Schierker Straße 26, 12051 Berlin
- Mi 20.11. | 18 Uhr** LAG Wissenschaftspolitik, Raum 553, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
- Mi 20.11. | 19 Uhr** LAG Demokratie und Bürgerrechte, Schierker Straße 26, 12051 Berlin
- Di 26.11. | 18.30 Uhr** LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Mi 27.11. | 18.30 Uhr** LAG Antifa, Karl-Liebnecht-Haus, R. 110, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
- Fr 29.11. | 18.30 Uhr** LAG Partizipation und Flüchtlinge, Fennstraße 2, 13347 Berlin
- So 1.12. | 15 Uhr** LAG Wirtschaftspolitik, Roter Laden, Weidenweg 17, 10249 Berlin
- Mi 4.12. | 19 Uhr** LAG Netzpolitik, Bürgerbüro, Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de